BESCHLUSSVORLAGE DER VERWALTUNG NR.: 187/2026/1

Bezeichnung des Tagesordnungspunkts		
Gemeinsamer Antrag zur Einführung der Bezahlkarte für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz		
Datum **19.10.26**	Geschäftszeichen **FB 220/SG 222 SF**	Beigef. Anlagen im Einzelnen (mit Seitenzahl) **Gemeinsamer Antrag der CDU, SPD und SWG.BFS zur Einführung der Bezahlkarte (2. Seiten)**
Federführender Fachbereich: **Fachbereich 220 - Familie, Bildung, Sport**		Beteiligte Fachbereiche:

Beratungsgremien	Beratungstermine	Zuständigkeit
Haupt-und Finanzausschuss	19.11.2026	Vorberatung
Rat der Stadt Schwelm	26.11.2026	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Gemäß dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, SPD und SWG.BFS wird die Verwaltung beauftragt,

a) die Bezahlkarte für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in der Stadt Schwelm umgehend einzuführen und
b) die hierfür erforderlichen organisatorischen und technischen Voraussetzungen zu schaffen.
c) Über den Umsetzungsstand ist der zuständige Fachausschuss zu informieren.

Sachverhalt:

In der Sitzung des Sozialausschusses am 14.10.2026 wurde aufgrund der dort geführten Diskussion – auf Vorschlag der Verwaltung – beim Beschlussvorschlag b) der zweite Halbsatz:

„sowie eine 0,5 VZÄ mit kw-Vermerk in den Stellenplan 2027/2028 aufzunehmen“

gestrichen.

Diese Vorlage ersetzt die Vorlage 187/2026.

Die Fraktionen CDU, SPD und SWG/BfS haben den in der Anlage beigefügten gemeinsamen Antrag zur Einführung der Bezahlkarte für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) eingebracht.

Die Verwaltung hat ihre Ausführungen hinsichtlich der Einführung der Bezahlkarte in der Berichtsvorlage 185/2026 – Evaluation zur Einführung der Bezahlkarte im AsylbLG dargelegt.

Finanzielle Auswirkungen:

Im Produkt 05.03.01 Hilfen für Asylbewerber.

Auswirkungen auf das Klima:

☒ neutrale Auswirkungen

Der Bürgermeister
In Vertretung

gez. Marcus Kramann